



LEGISLATURBILANZ

2011–2015

GRÜNE KANTON ZÜRICH

MEDIENKONFERENZ
ZÜRICH, 24. FEBRUAR 2015

Wirtschaft zum Neumarkt
Turmzimmer
11:30 Uhr



Bilanz 2011–2015

Esther Guyer, Fraktionspräsidentin

Es gilt das gesprochene Wort.

Gegenwärtig hört man den Ruf nach Gemeinsinn und Fortschritt von bürgerlichen Parteien. Dies obwohl sie bis anhin vor allem dem Wettbewerb und insbesondere dem Steuerwettbewerb frönten und Fortschritt nur dann erlaubten, wenn es ihrer Klientel einen finanziellen Nutzen brachte. Die Ziele Grüner Politik sind dagegen: ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit in einer funktionierenden Wirtschaft. Weil wir für diese Werte konsequent und glaubwürdig einstehen, konnten wir unsere Sitze halten und unseren Wähleranteil sogar leicht auf etwas über 10% erhöhen. Zusammen mit den drei Mitgliedern der AL und einem CSP-Mitglied, das ein Grünes Mitglied ersetzte, bildeten wir in der vergangenen Legislaturperiode eine tatkräftige und gut funktionierende Fraktion.

Wir hatten – mit einem Mitglied in der Regierung – einen guten Start in die Legislatur. Wieder eine Vertretung in der Regierung zu haben, ist nicht nur positiv für die Grüne Partei, sondern sie bringt auch Vorteile für die Fraktion. Dies betrifft insbesondere den Bereich des gegenseitigen Informationsaustausches, der vertrauensvoll und gut ist. Eine Vertretung in der Regierung heisst aber auch, dass man in guten und in schlechten Zeiten zusammen arbeitet. So beispielsweise auch beim Fall Carlos, wo wir als Fraktion und Partei zur Versachlichung der Diskussion beitragen konnten.

Im Laufe der Legislatur verschoben sich die Akzente der bürgerlichen Mehrheit aus SVP, FDP, der wackligen CVP und der in Steuerfragen stramm bürgerlich agierenden GLP. Nach den gewonnen Referenden, die wir ergriffen oder unterstützt haben, z.B. Steuerentlastungen für natürliche Personen und Unternehmenssteuerreform II, mässigten sich die Bürgerlichen in ihrem Kampf nach tieferen Steuern im Rahmen des interkantonalen Steuerwettbewerb. Dass diese Strategie der Bürgerlichen längerfristig nicht funktioniert, zeigen mittlerweile auch die stramm bürgerlichen Kantone, wie Schwyz, die als kurzlebigen «Gewinner-Kantone» ihre Steuern wieder erhöhen mussten. Mehr zur Steuer- und Finanzpolitik später von Ralf Margreiter.

Erfolgreich waren wir im Bereich Wohnen und erneuerbaren Energien. Die vom Volk angenommene PBG-Änderung zur Nutzung erneuerbaren Energien auf den Dächern wurde mit einer Parlamentarischen Initiative von Martin Geilinger angestossen. Sie belegt den Stimmungswechsel im Volk hin zur vermehrten Nutzung von erneuerbaren Energien. Im Gegensatz zu RR Kägi, der mit seinen SVP-KollegInnen die Energiewende als unnötig bewertet, und einen rückständigen Energieplanungsbericht ohne Atomausstieg vorlegte, bestätigte das Stimmvolk fortschrittliche Grüne Politik.

Einer der wichtigsten Erfolge in der letzten Legislatur war die Zustimmung der Stimmberechtigten zu unserer Kulturlandinitiative. Dass sich die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat auch nach dieser krachenden Niederlage der Umsetzung verweigerte und nicht einmal darüber reden wollte, zwang uns den Weg ans Bundesgericht auf.

Zu unseren Kernbereichen:

- Zum Naturschutz und Energie und Verkehr spricht Röbi Brunner
- Zur Steuer- und Finanzpolitik spricht Ralf Margreiter
- Zur Sozialpolitik spricht Kathy Steiner

Als einzige Partei im Kanton Zürich beurteilen wir den Zugriff staatlicher Macht bei Fragen der Grundrechte, dem Schutz der Privatsphäre und dem Recht auf persönliche Freiheiten konsequent kritisch. Auch wenn die Abstimmungen um das Hooligan-Konkordat und das Polizeigesetz nicht gewonnen wurden, muss die Diskussion um die staatliche Überwachung und der Einführung neuer Überwachungstechnologien verstärkt geführt werden. Die Überwachungsmöglichkeiten im Internet sind immens und es müssen Grenzen gesetzt werden.

Die Grünen verstehen unter Standortentwicklung umfassende Lebensqualität für die ganze Bevölkerung im Kanton Zürich. Mit neuen Zielen im ökologischen Bereich werden wir die trägen Parteien weiterhin herausfordern. Wie bis anhin sind wir auch weiterhin bereit Allianzen über alle Parteien zu schmieden und wenn nötig Kompromisse einzugehen.

Zur Standortentwicklung gehört auch, dass der Kanton eine gute, nach ökologischen Kriterien gebaute Infrastruktur aufweist. Das heisst auch, dass der Kanton insbesondere für Sanierungen mehr investieren muss. Dass hier die bürgerliche Mehrheit in der Regierung und im Kantonsrat den Kopf in den Sand steckt, ist unerträglich. Die Folge wird sein, dass wir in ein paar Jahren vor einem riesigen Investitionsstau stehen. Wir werden auch den Druck auf die Regierung aufrecht erhalten, damit sie endlich das Immobilienmanagement verbessert.

Wir sind die viertstärkste Partei im Kanton mit einem starken Regierungsrat Graf. Das wollen wir bleiben und streben mindestens zwei Sitze zusätzlich an. Das erreichen wir mit einem engagierten Wahlkampf und mit einer Politik, die auch weiteren Generationen einen attraktiven Wohn- und Arbeitsplatz ermöglicht.



Grüne sind Grün

Robert Brunner, Kantonsrat, KEVU

Es gilt das gesprochene Wort.

In Umweltfragen waren die Grünen in der Legislatur 2011–2015 mit über 70 Vorstössen die aktivste Fraktion im Kantonsrat. Bei den Abstimmungen haben die Grünen die grösste Übereinstimmung mit den Umweltverbänden WWF/Pro Natura/Birdlife Zürich

Kulturlandinitiative

Mit der Kulturlandinitiative haben die Grünen die Diskussion um die Raumplanung geprägt. Bei der Umsetzung haben sich der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat diesem Auftrag aus dem Volk widersetzt. Der Schutz des Kulturlandes im revidierten Richtplan ist heute nur unwesentlich besser als im Richtplan 95.

Ausblick auf die Legislatur 2015–2019: Wir warten auf den Entscheid des Bundesgerichts zur staatsrechtlichen Beschwerde und die Revision des Raumplanungsgesetzes, wo Elemente der Umsetzungsvorlage enthalten sind. Die Umsetzungsvorlage wäre sonst eine gute Basis für eine ausformulierte Volksinitiative.

Luftfahrt

Mit dem Minderheitsantrag der Grünen wurde die Änderung am Pistensystem im Richtplan verhindert. Der Staatsvertrag mit Deutschland ist wohl für immer im Tiefkühlfach.

Ausblick auf die Legislatur 2015–2019: Wir werden die zivile Aviatik auf dem Flugplatz Dübendorf bekämpfen. Der Innovationspark wird ein erster Sargnagel für die zivile Nutzung des Flugplatzes. Die Volksinitiative «Pistenausbaubors Volk» wird uns sicher beschäftigen, ebenso eine Differenzbereinigung zum SIL.

Energie

Regierungsrat Kägi ist zum zweiten Mal mit dem Energieplanungsbericht gescheitert. Mit der PI Geilinger «Zonen mit Anordnungen zur erneuerbaren Energie» konnten wir uns mit einer zweiten Grünen Vorlage in der Volksabstimmung durchsetzen. Die Energiewende ist beim Volk akzeptiert.

Ausblick auf die Legislatur 2015–2019: Die Rate der Gebäudeerneuerung muss gesteigert werden. Die Revision der MuKE (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) wird eine gewichtige Vorlage. Das finanzielle Grossrisiko AXPO wird ein weiteres grosses Thema der Legislatur 2015–2019.

Verkehr

Die relevanten öV-Vorlagen finden im Zürcher Volk hohe Akzeptanz (Tram Hardbrücke, FABI Abstimmung). Der Bau neuer Strassen verzögert sich zu unserer Freude deutlich.

Ausblick auf die Legislatur 2015–2019: Mit einer Teilfinanzierung des Unterhaltes der Gemeindestrassen aus dem Strassenfonds könnte der Finanzausgleich im Kanton deutlich entlastet werden. Mit der Limmattalbahn kommt der nächste Ausbau des öV.

Naturschutz/Gewässerschutz

Zwei Schritte vorwärts, einer zurück. Die Finanzierung des Naturschutzes hat wegen der wankelmütigen Bürgerlichen Schaden genommen.

Ausblick auf die Legislatur 2015–2019: Die Finanzierung des Naturschutzes muss stabiler werden. Die Revision des Wasserwirtschaftsgesetzes wird zur wichtigen Vorlage im Gewässerschutz.



Zukunftsgeist statt Privilegiendenken

Ralf Margreiter, Kantonsrat, Präsident KBIK

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Kanton Zürich wurde durch die Finanzkrise gebeutelt. Der Finanzplatz zahlt zudem lieber Bussen als Steuern. Der wirtschaftspolitische Spielraum der Kantone ist begrenzt. Die Musik spielt beim Bund. Das gilt auch für die Bewältigung von Frankenkurs und Masseneinwanderungsinitiative. Aber der Kanton Zürich kann seine Möglichkeiten ausspielen: Heimische Fachkräfte fördern statt bei der Berufsbildung sparen. Standortentwicklung durch Innovation und ein breites Leistungsangebot statt Steueroptimierungsscheuklappen. Antizyklisch investieren: Energiewende – jetzt erst recht! Dafür machen wir Grünen uns stark.

Eine kluge Finanz- und Steuerpolitik erhält und stärkt die Handlungsfähigkeit hierfür.

Mehr Zukunftsgeist – Schluss mit dem Investitionsstau

Wer unternehmerisch denkt, muss klug investieren. Mit diesem Geist ist die Zürcher Politik nur in homöopathischen Dosen gesegnet. Die Grünen haben wiederholt auf die immense Bugwelle an Investitionen hingewiesen und Abhilfe gefordert, die der Kanton vor sich herschiebt – augenfällig bei der Sanierung des bestehenden Gebäudeparks gegen die Verlotterung, aber auch bei Neubauten v.a. für Bildung und Gesundheitswesen, die unumgänglich sind, wenn die Standortattraktivität aufrechterhalten werden soll, oder beim Hochwasserschutz für die Sicherheit. Hierzu stellen die Grünen immerhin erfreut fest, dass der Regierungsrat der Realität gegenüber dem letzten KEF mit einer neuen Denkweise schon ein Stück näher gekommen ist. Aber noch immer ist mehr Investitionsdynamik möglich – und nötig.

Das Immobilienmanagement ist unbefriedigend, schwerfällig und oft zu teuer. Mit der PI Guyer «Reorganisation Immobilienmanagement» kam immerhin Zug in den Kamin.

Finanzpolitik: trügerische Ruhe vor dem Sturm

Budgetdebatten reduzierten sich mehr oder weniger auf die Diskussion über pauschale Sparaufträge im Sammelkonto 4950. Sie sind das Gegenteil von Grüner Politik: unehrlich und mutlos. Mehr ist nicht besser. Wir Grünen befürworten einen haushälterischen Umgang mit öffentlichen Geldern. Wer sparen will, muss aber sagen wo.

Die Regierung foutiert sich zu Recht um diesen unverbindlichen Auftrag. Aber hat sie ihre Aufgaben gemacht? Die Bewährungsprobe überlässt Finanzdirektorin Ursula Gut ihrer Nachfolge: Mit dem nächsten Finanzplan fallen 900 Mio. aus dem mittelfristigen Ausgleich. Das bedeutet einen jährlichen Budgetdruck von über 100 Mio. Franken – die Abtragung des Investitionsbergs und allfällige finanzpolitische Einschnitte wie durch die Unternehmenssteuerreform III noch nicht eingerechnet. Für die Grünen ist darum klar: Spielraum für steuerpolitische Experimente besteht nicht.

Steuerpolitische Bilanz: das Ende der Angstmacherei

Die Legislatur 2011-2015 begann mit einem Paukenschlag: Das von den Grünen angeführte Nein zum einseitigen Steuersenkungspaket am 11. Mai 2011 markiert das Ende der steuerpolitischen Angstmacherei im Kanton Zürich. Gegen Regierung und Kantonsratsmehrheit verweigern sich die Stimmberechtigten der Einschüchterung durch die Drohkeule «Steuerwettbewerb»: ein Schiffbruch für die bürgerliche Steuerpolitik. Privilegien für Wenige sind bei der Bevölkerung out. Erwünscht ist kein Schielen auf kurzfristige Vorteile, sondern eine verlässliche Steuerpolitik der ruhigen Hand im Vertrauen auf eigene Stärken des Kantons Zürich, wie die Grünen das seit langem fordern. Das haben weitere Volksabstimmungen deutlich gemacht, etwa das Nein zur Mogelpackung bei der faktischen Abschaffung der Kapitalsteuer. Mit diesen Entscheiden hat die Bevölkerung den Kanton vor zusätzlichen Finanzhaushaltslücken im dreistelligen Millionenbereich jährlich bewahrt.

Unternehmenssteuerreform III: Finger weg vom Giftschränk

Bürgerliche Lernfähigkeit? Fehlanzeige. Der Privilegienhunger von Wohlhabenden und Grosskonzernen geht weiter. Grosskampfplatz der nächsten Jahre ist die Unternehmenssteuerreform III – mit Schadenpotential für den Kanton von jährlich mehreren hundert Millionen Franken. Generelle Gewinnsteuersenkung, Modell Zinsbereinigung usw.: der Giftschränk steht derzeit weit offen. Die Grünen werden wo nötig auch hier eine erfolgreiche Verteidigungsrolle wahrnehmen. Offen sind wir für eine Lizenzbox zur Förderung von Forschung und Innovation in der Schweiz.

Erbschaftssteuer-Initiative: Konzept der Grünen

Kaum mehr bewusst, aber Tatsache: Das Grundkonzept der Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» stammt von den Zürcher Grünen. Gesamtschweizerischer Ansatz, hohe Freibeträge und eine Besteuerung ausschliesslich grosser Vermögen, Erträge zugunsten der Kantone und schwergewichtig der AHV: alles schon in unserer Standes-Initiative (KR-Nr. 351/2010) nachzulesen.

Ausblick

Die Grünen werden sich auch in der nächsten Legislatur für eine umsichtige Finanzpolitik und eine Steuerpolitik der ruhigen Hand einsetzen. Gegen Steuerprivilegien, für mehr Transparenz. Für eine Grüne Wirtschaft, die auch der Gesellschaft dient, und für eine nachhaltige Standortpflege mit Innovation und Verlässlichkeit, von der die ganze Bevölkerung etwas hat. Wer den Kanton Zürich künftigen Generationen auf der Höhe der Zeit überlassen will, muss mehr wagen und investieren: nicht nur für das Leistungsangebot gegen innen, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit gegen aussen.



Es gilt die soziale Sicherheit zu sichern

Kathy Steiner, Kantonsrätin, KSSG

Es gilt das gesprochene Wort.

Seit Jahren schon stehen besonders die Sozialleistungen unter Dauerbeschuss der bürgerlichen Politik. Dieser Grossangriff hat auch im Kantonsrat mehr oder weniger die gesamte Legislatur geprägt und in den letzten Monaten gab es zahlreiche Vorstösse von der politischen Rechten zum weiteren Abbau der Sozialleistungen.

Sparübung auf dem Buckel der Bedürftigsten

Mit populistischen Forderungen wie einem Autobesitz-Verbot für Sozialhilfebeziehende haben es die rechten Parteien geschafft, eine grosse mediale Aufmerksamkeit zu erhalten. Dagegen sind viel gravierendere Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit wie z.B. die massive Sparübung im Budget 2014 zu Lasten von Behinderteninstitutionen praktisch unkommentiert geblieben und mehr oder weniger an der Öffentlichkeit vorbeigegangen. Dabei hat diese Budgetkürzung die Behindertenheime vor grosse Probleme gestellt und ganz konkret zu Stellenabbau geführt – und das angesichts der Tatsache, dass rund 700 Behinderte in ausserkantonalen Heimen untergebracht sind.

Salamitaktik beim Sozialabbau

Ein ganz spezieller Dorn im bürgerlichen Auge ist und bleibt die Sozialhilfe. Hier skandalisieren die bürgerlichen Parteien besonders die steigende Zahl der Sozialhilfebeziehenden. Seit den 90er-Jahren sind die Leistungen von IV und ALV mehrfach gesenkt worden. Diese Salami-taktik der bürgerlichen Mehrheit hat entsprechend eine Verschiebung zuungunsten der Sozialhilfe zur Folge – was jetzt wiederum von dieser Seite zum Anlass genommen wird, genau bei der Sozialhilfe den nächsten Abbau zu fordern. Dabei ist zu bemerken, dass die Sozialhilfequote seit mehreren Jahren auf recht tiefem Niveau stabil ist.

Wir Grünen sind der Meinung, dass die Sozialhilfe im Grossen und Ganzen gut funktioniert. Sie erfüllt den Zweck, eine Existenzsicherung in Notlagen zu gewährleisten. In dieser Legislatur haben wir Grünen immer das Ziel verfolgt, die Errungenschaften im Sozialbereich gegen all die populistischen Angriffe zu schützen und zu sichern. Und auch in der kommenden Legislatur wird der Fokus der Grünen Fraktion klar wieder bei der Sicherung der sozialen Errungenschaften liegen müssen.

Kein Schwarz-Peter-Spiel zwischen den Gemeinden

Bereits haben FDP, SVP und GLP die SKOS-Richtlinien ins Visier genommen. Gegen eine Aufkündigung dieser Richtlinien werden wir Grünen uns vehement wehren. Dieser Angriff auf eine einheitliche Regelung bei der Sozialhilfe leistet nur einem föderalistischen Wildwuchs Vorschub und damit einem negativen Sozialwettbewerb zwischen den Gemeinden.

Wir Grünen sind aber offen für eine permanente Überprüfung und Weiterentwicklung der SKOS-Richtlinien. Wenn sich Mängel zeigen, müssen die Richtlinien revidiert werden.

Absolut unerwünscht ist aus unserer Sicht der sogenannte Schwelleneffekt zwischen Sozialhilfebezug und Tieflohnarbeit. Hier braucht es eine steuergesetzliche Regelung, die die finanzielle Benachteiligung von Working Poor-Familien gegenüber Sozialhilfebeziehenden eliminiert.

Wir Grünen stehen klar für eine rechtsgleiche Bemessung der Sozialleistungen – also für einheitliche Richtlinien. Dabei fordern wir aber die Einführung einer solidarischen Finanzierung zwischen den Gemeinden, damit diese einander nicht die teuren SozialhilfebezügerInnen zuschieben oder aufgrund von Zuzügen in finanzielle Not geraten.

Ursachenbekämpfung am richtigen Ort

Die Sozialhilfequote wird hauptsächlich von Migrationspolitik, Arbeitsmarkt und Konjunktur beeinflusst, viel stärker als von weiteren Einschränkungen in der Sozialhilfe. Es braucht deshalb gezielte Massnahmen in diesen Bereichen. Ein weiterer wichtiger Handlungsbereich ist die Wohnsituation. Haushalte mit Sozialhilfe müssen für die Mietkosten durchschnittlich 42% ihres Bruttobedarfs aufwenden.

Themenbereiche für Vorstösse in der kommenden Legislatur:

Arbeitsmarkt:

- Zahl der Berufsabschlüsse erhöhen: Berufsschulen und Lehrbetriebe stärken
- Arbeitsplätze für Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit
- Prekäre Anstellungsverhältnisse ohne existenzsichernde Löhne

Migrationspolitik:

- verbesserte berufliche und soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Wohnen:

- Preisgünstiges Wohnen fördern

Umweltvorstösse der Grünen in der Legislatur 2011–2015

357/2014	Anfrage Guyer: AP 14/17 Kostenfolgen und Kompensation
348/2014	Postulat Neukom: Kostendeckende Solarstrom-Produktion auf kantonalen Liegenschaften
334/2014	Postulat Dietschi: Dauernde Nachtruhestörung wegen Verspätungsabbau I
333/2014	Postulat Dietschi: Dauernde Nachtruhestörung wegen Verspätungsabbau II
329/2014	Anfrage Ljuboje: Tiefbauamt kontra Biodiversitätsförderflächen
327/2014	Anfrage Ljuboje: Schutzgebiete ohne Schutzverordnung
326/2014	Anfrage Steiner: Biodiversität auf kantonalen Grundstücken
325/2014	Interpellation Brunner: Bericht Eidg. Finanzkontrolle Prüfung der Governance Stilllegungs- und Entsorgungsfonds
322/2014	Anfrage Läubli: Sicherheitsdispositiv Chemieunfall Bhf. Bonstetten
291/2014	Anfrage Homberger: Panzerbrücken im Schutzgebiet
245/2014	Anfrage Läubli: Fussgängerbehinderung an Baustellen
242/2014	Interpellation Läubli: Querungsstellen sichern statt Fussgängerstreifen aufheben
231/2014	Anfrage Brunner: Vernehmlassung Priorisierung Bachrevitalisierung
226/2014	Anfrage Heierli: Vogeltod durch Natodraht
222/2014	Anfrage Neukom: Lebensmittelverschwendung
221/2014	Anfrage Dietschi: Trinkwasserpotential Flugplatz Dübendorf
202/2014	Anfrage Ferro: Kommunale Volksabstimmung in Uster zu Uster West
185/2014	Anfrage Dietschi: Prognosen zur Luftfahrt
155/2014	Anfrage Brunner: Ersatzmassnahmen bei Schädigung von Lebensräumen von Arten der Roten Liste
131/2014	Anfrage Brunner: Funktionieren SABA's
130/2014	Interpellation Neukom: Klimawandel Auswirkungen auf Gewässerschutz
129/2014	Interpellation Neukom: Klimawandel Auswirkungen auf Energieproduktion
110/2014	Motion Heierli: Kein Fracking im Kanton Zürich
102/2014	Anfrage Homberger: Lückenschluss Oberlandautobahn weiter vorantreiben
82/2014	PI Brunner: Erneuerung des NOK- Gründungsvertrages
13/2014	Dringliche Anfrage Rohweder: Baustellenumfahrung Erlenbach
4/2014	Anfrage Brunner: Beitragszahlungen des Kantons zugunsten Biodiversität

321/2013	PI Brunner: Strassengesetz § 30
310/2013	Postulat Steiner: Grenzwertüberschreitungen beim Ozon
294/2013	Postulat Wolf: Zeitgemässer Pilzschutz
273/2013	Anfrage Brunner: Waldentwicklungsplan und Jagd
244/2013	PI Brunner: Verbandsbeschwerderecht für Kulturlandschutz
216/2013	Anfrage Kaeser: Finanzierung Sanierung Jagdschiessanlagen
196/2013	Anfrage Bucher: Einsatz von Gift gegen Stechmückenlarven Ellikerfeld
155/2013	Anfrage Brunner: Vernehmlassung Gentechgesetz und Koexistenzverordnung
126/2013	Anfrage Wolf: Förderung von Gebäudesanierungen
124/2013	Anfrage Wolf: Miete von Stromzählern
94/2013	Anfrage Kaeser: Interessenkonflikt um die Nutzung der Ressourcen im Untergrund
79/2013	Anfrage Margreiter: Besteuerung unternutzter Liegenschaften
78/2013	Anfrage Wolf: Mit Etikettenschwindel zu tieferen Verkehrsabgaben
67/2013	Anfrage Brunner: Kompensation wertvoller Ackerflächen
43/2013	Interpellation Marti: Schnelle Radrouten im Aggloprogramm Limmattal
38/2013	Anfrage Hildebrand: SBB schliesst Verladestellen
34/2013	Anfrage Ferro: Verkehr in Uster – Quo Vadis?
28/2013	Postulat Wolf: Behebung der Unterdeckung im Entsorgungs- und Stilllegungsfonds
17/2013	Anfrage Homberger: Oberlandautobahn: Wer plant mit wessen Geld?
1/2013	Anfrage Wolf: Massnahmen an der Quelle bei Strassenlärmsanierungen
324/2012	Anfrage Brunner: Nachtflugsperrung am Flughafen Zürich
307/2012	Anfrage Marti: Verkehrssicherheit an der Rosengart-/Bucheggstrasse
243/2012	Anfrage Brunner: Neue An- und Abflugverfahren am Flughafen Zürich als Folge des Staatsvertrages Deutschland-Schweiz
238/2012	Postulat Kaeser: Geplante Investitionen der Axpo Holding AG von 700 Mio. in die Sicherheit der Reaktoren von Beznau I und II
221/2012	Anfrage Brunner: Für Natur optimierter Unterhalt der Kantonsstrassenböschungen
207/2012	Anfrage Brunner: Alternative Nutzung von Waffenplätzen, zum Beispiel für eine Jagdschiessanlage
186/2012	Anfrage Wolf: Abbau des Service Public auf Zürcher Bahnhöfen
184/2012	Anfrage Homberger: Neue Lage auf dem Flugplatz Dübendorf
141/2012	Anfrage Homberger: Teerung von Wanderwegen
118/2012	Anfrage Homberger: Verflüssigung des Strassenverkehrs und Schutz von Mensch, Tier und Umwelt

340/2011	Postulat Läubli: Verbesserung der Sicherheit und Reduktion der Umweltbelastung auf den Kantonsstrassennetz
339/2011	Postulat Geilinger: Neue MuKE: Energieeffizienz auch bei den Haushaltgeräten
306/2011	Anfrage Kaeser: Geplante Jagdschiessanlage Wildstud in Bülach
301/2011	Interpellation Geilinger: Keine Energieschlauedern im Baumarkt
256/2011	PI Bucher: Standesinitiative für den Gleichtand der Untersuchungen von potentiellen Standorten für hoch radioaktiven Atommüll
255/2011	PI Bucher: Standesinitiative zur Wiedereinführung des kantonalen Mitbestimmungsrechts bei Atommüllendlagern
234/2011	Anfrage Okopnik: Optimierung Kraftwerk Rheinau
175/2011	Anfrage Brunner: Dezentrale Wärmekraftkoppelungsanlagen
172/2011	Postulat Brunner: Axpo und Rosatom
158/2011	PI Geilinger: Sonnenenergie auf den Gebäuden nutzen
156/2011	Postulat Kaeser: Deckung des Energiebedarfs kantonaler Liegenschaften
155/2011	Postulat Hübscher: Unterstützung Photovoltaik aus dem Rahmenkredit § 16 EnG
153/2011	Postulat Häusler: Unterstützung von Biogasanlage aus dem Rahmenkredit § 16 EnG
152/2011	Motion Hildebrand: Erhöhung des Anteils an erneuerbarem Strom
151/2011	Motion Hildebrand: Senkung des Stromverbrauchs im Kanton Zürich